

Zur Hilfe verpflichtet

Mir ist schon klar, dass wir das Flüchtlingsproblem nicht alleine lösen können. Aber wir müssen uns bewusst sein: Es gibt keine Garantie, dass wir nicht eines Tages – aus welchen Gründen auch immer – flüchten müssen. Dann hoffen wir doch auch auf ein Minimum an Hilfe, Verständnis und Mitgefühl.

Christoph Meyer, Zürich

Während des Zweiten Weltkriegs nahm die Schweiz je nach Art der Berechnung zwischen 115 000 und 295 000 Flüchtlinge auf. Heute können wir uns mit unseren gesammelten Cumulus-Punkten wohl schon mehr Essen kaufen als unsere Grosseltern damals mit ihren rationierten Essensmarken. Trotzdem erachten wir es als grosszügig, wenn wir 5000 flüchtige Syrer aufnehmen.

Wir sind uns alle bewusst, dass sich vor den Toren Europas eine menschliche Tragödie abspielt, und wir zeigen uns auch regelmässig empört darüber. Taten folgen der Empörung aber nicht. Viel lieber beklagen wir uns über die Politik und vergessen dabei, dass die Politik nur ein Spiegel unserer Gesellschaft und somit jedes Einzelnen von uns ist. Um dieser Inkonsistenz ein Ende zu setzen, schlage ich (wie andere auch) vor, dass die Schweiz 100 000 Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea aufnehmen sollte.

Wer heute 100 000 Flüchtlinge aufnehmen will, wird im besten Fall als unrealistischer Schwätzer abgetan, im schlimmsten Fall mit Beleidigungen eingedeckt. Aber ist es denn unrealistisch? Unsere Grosseltern waren in einer für sie viel misslicheren Lage imstande, weit mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Wir dürfen etwas nicht als unrealistisch abstempeln und ignorieren, nur weil sich momentan keine politische Mehrheit dafür finden lässt. Die Schweiz ist mit ein wenig Flexibilität faktisch in der Lage, 100 000 Flüchtlinge aufzunehmen, und dies ohne signifikante Wohlstandseinbussen. Das ist ein realistischer Vorschlag und muss deshalb auch als solcher behandelt werden.

János Ammann, Zug

Ich halte meinen TV-Konsum knapp. Die wohl knapp eine Stunde, die ich vergangenes Wochenende dafür verwendet habe, reichte aber, um von zwei Spitzenexponenten der SVP aussagekräftige Statements zur gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik präsentiert zu bekommen. In getrennten Sendungen sagten

KORRIGENDUM

zz. In der Meldung «Staatsanwalt will nicht ermitteln» (NZZ 8. 9. 15) hiess es im Zusammenhang mit der Ermächtigung zu Strafverfahren gegen Staatsangestellte: «Während in der Stadt Zürich das Obergericht zuständig ist, befindet im Kanton das Parlament darüber.» Die III. Strafkammer des Obergerichts legt nun Wert auf folgende Präzisierung: «Während der Kantonsrat für die Ermächtigung zur Strafverfolgung von Magistratspersonen (Mitglieder des Regierungsrats und der obersten kantonalen Gerichte) wegen Amtsdelikten oder wegen Äusserungen – auch von Ratsmitgliedern – im Kantonsrat zuständig ist, befindet darüber bei allen anderen Behördenmitgliedern sowie den Angestellten von Kanton und Zürcher Gemeinden das Obergericht.»

die Nationalräte Amstutz und Reimann übereinstimmend, dass es gescheiter gewesen wäre, wenn man die finanziellen Mittel, die der Steuerzahler nun für die Bewältigung der gegenwärtigen Flüchtlingsströme aufzuwenden habe, zuvor viel besser in deren Herkunftsländern für die Bekämpfung der Ursachen ausgegeben hätte. An sich absolut richtig.

Nur: Wann haben die SVP oder ihre massgebenden Exponenten solche Positionen in der Vergangenheit je vertreten? Sei es bei der Entwicklungshilfe oder anderen Positionen, in denen es letztlich um die Stärkung und Förderung entwicklungsschwacher oder von Armut betroffener Länder ging, da hat sich die SVP immer für Budgetkürzungen starkgemacht, um dem Stammtisch gerecht zu werden.

Franz Tschopp, Zürich

1956 sind Tausende Flüchtlinge aus Ungarn über die Grenze nach Österreich geströmt und wurden dort und anderswo herzlich willkommen geheissen. Heute setzt die Regierung Ungarns Schlagstöcke gegen Flüchtlinge aus anderen Ländern ein. 1989 hat die damalige, notabene kommunistische Regierung Ungarns den Eisernen Vorhang durchschnitten, um DDR-Staatsangehörigen die Flucht in den Westen zu erlauben.

Heute baut die ungarische Regierung einen eisernen Vorhang, um Flüchtlingen genau dies zu verunmöglichen. Diese Flüchtlinge seien das Problem Deutschlands, sagt der ungarische Ministerpräsident. Schuldig sind also jene, die Menschlichkeit zeigen. Fürwahr, etwas kennt in dieser Situation keine Grenzen: Egoismus und Zynismus sind bei gewissen Menschen grenzenlos.

Jenö C. A. Staehelin, Basel

Breite Diskussion angezeigt

Eine liberale Haltung zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass dem verantwortungsbewussten Menschen möglichst grosse Freiheit eingeräumt werden soll. Auch die Freiheit der Gedanken gehört zum liberalen Geist. Dass SVP-Ständratskandidat Hans-Ueli Vogt mit der Selbstbestimmungsinitiative die Frage aufwirft, welche Gerichtsbarkeit in unserem Land die oberste Instanz sein soll, entspringt genau diesem liberalen Geist und verdient es, breit diskutiert zu werden (NZZ 5. 9. 15). Den Fragesteller deswegen zu diskreditieren, ist jedoch unliberal.

Martin Arnold, Oberrieden

Linksrutsch im Nationalrat

Für Michael Schoenenberger ist der Nationalrat anfällig für linke Projekte geworden (NZZ 8. 9. 15). Der von ihm auch erwähnte Plafonierungsantrag beim Personalbestand des Bundes ist kein geeignetes Beispiel für diese These. Bei der Beratung des Sparpaketes im Nationalrat am 6. Mai wurde von bürgerlicher Seite beantragt, die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2016 auf dem Niveau der Staatsrechnung 2014 zu plafonieren. Und zwar durch Einsparungen

einzig beim Personal- und beim Sach- und Betriebsaufwand der Verwaltung.

Dieser radikale Antrag wurde an der Finanzkommission vorbei im Plenum eingebracht. Er hätte zusätzliche Kürzungen in der Höhe von 3 Milliarden erfordert und unter anderem einen Abbau per Ende 2015 von 6000 Stellen – darunter 1500 bei der Armee und 300 beim Grenzwachtkorps – nach sich gezogen. Diese (auch für die Armee-reform) ungünstigen Perspektiven führten dazu, dass die Mitte-Parteien sich davon distanzieren, und im rechten Lager vermochte der Antrag nur 76 von theoretisch möglichen 87 Stimmen auf sich zu vereinigen. Wie soll man den Ständerat im Schema einordnen, wo danach am 2. Juni niemand die Fahne des bürgerlichen Schulterschlusses hochhielt und den Plafonierungsantrag aufnahm? Fakt ist, dass im Voranschlag 2016 beim Verteidigungsbereich ein Personalausbau von 90 Stellen beantragt wird.

Christian Furrer, Herrenschwand

Eine ziemlich dümmliche Vorlage

Die SVP arbeitet wieder einmal verächtlich nahe an Methoden, welche auch schon zwischen 1933 und 1945 in gewissen Ländern angewandt wurden. Nur weil jemand Schweizer wird, heisst dies, dass er zum Beispiel dann nicht mehr Deutscher ist? Dies obwohl er/sie in Deutschland aufgewachsen ist, Verwandte und Freunde noch da hat? Das ist eine ziemlich dümmliche Idee (NZZ 27. 8. 15), die hoffentlich in Bausch und Bogen verworfen wird. Ich hoffe, alle SVPler haben in ihren Stammbäumen nach 1291 ausschliesslich Eidgenossen als Vorfahren! Nur so lässt sich erklären, dass sie sich als Schweizer Bürger so überlegen fühlen.

Als Rückblende noch dies: Bei der Heirat mit einem Ausländer verlor bis vor wenigen Jahrzehnten die Frau das schweizerische Bürgerrecht. Dies hatte in Basel in einem mir bekannten Fall die Auswirkung, dass die Frau, in Basel als Schweizerin aufgewachsen, ihre Arbeit verlor. Denn ihre Arbeitgeberin beschäftigte ausschliesslich Schweizer.

Wir stecken mitten in einem Währungskrieg, die Wirtschaft leidet seit dem 15. Januar: Es gäbe Wichtigeres als so eine «non-issue».

André Stucki, Muttenz

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Flüchtlinge sind Menschen

Gastkommentar

von HERBERT WINTER, SIG

Mein Grossvater wanderte 1909 aus Polen in die Schweiz ein. Er kam nach Zürich, weil er sich hier ein besseres Leben für sich und seine Familie versprach. Um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, gründete er schon bald ein kleines Geschäft für Bettwäsche und Tischtücher. Später führte mein Vater das Geschäft weiter. Als Handelsreisender zog er in den Dörfern von Tür zu Tür und verkaufte Stoffwaren. Anders als mein Grossvater, der in der Schweiz bei null anfang und bis zu seinem Tod ein einfaches Leben führte, erarbeitete sich mein Vater einen bescheidenen Wohlstand.

Die meisten der heute rund 18 000 jüdischen Schweizer sind in den letzten 150 Jahren in die Schweiz gekommen. Tausende entkamen hier den Gaskammern Hitlers. Tausende wurden an den Grenzen abgewiesen und in den Konzentrationslagern ermordet. Nur ein kleiner Teil der Schweizer Juden lebt schon seit Jahrhunderten hier. Die meisten jüdischen Schweizer sind wie ich Nachfahren von Immigranten, die aus Ländern mit elenden Bedingungen emigrierten und sich hier eine neue Existenz aufbauten.

Verfolgung, Wirtschaftslehd, Flucht und Vertreibung sind Teil unserer jüdischen Geschichte und unserer Identität. In unserer Geschichte sind wir immer wieder aufgebrochen, freiwillig und unfreiwillig, haben unser Schicksal in unsere eigenen Hände genommen und an einem anderen Ort einen Neuanfang gewagt. Für uns jüdische Schweizer ist es selbstverständlich, Partei für die Flüchtlinge zu ergreifen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. Jeder Mensch hat in unseren Augen das Recht, ein besseres Leben anzustreben. Wir horchen auf, wenn auf dem Rücken von Menschen auf der Flucht Wahlkampf betrieben wird. Und wir sind entsetzt, wenn wir sehen, wie auf Facebook Leute jubeln, weil wieder ein überfülltes Boot mit allen Passagieren gesunken ist. Solche Hetze erin-

Für uns jüdische Schweizer ist es selbstverständlich, Partei für die Flüchtlinge zu ergreifen.

nert uns an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Was wir heute beobachten, ist eine gigantische Völkerwanderung. Millionen von Menschen flüchten vor Krieg, wirtschaftlichem Elend und Willkür. Dass diese gewaltigen Migrationsbewegungen grosse Herausforderungen für die Aufnahmeländer mit sich bringen, bezweifelt niemand. Ein Patentrezept für die Lösung aller Probleme gibt es nicht. Es ist aber offensichtlich, dass die bisherige Asylpolitik gescheitert ist. Mit Stacheldraht lassen sich die Menschen auf der Flucht nicht stoppen. Klar ist auch: Es ist menschenunwürdig, dass Flüchtlinge herumgeschoben werden wie heisse Kartoffeln.

Angesichts der Probleme, die mit diesen Migrationsbewegungen einhergehen, geht oft vergessen, wovon wir eigentlich reden: von Menschen nämlich, die mit ihrer Flucht enorme Risiken eingegangen sind, weil der Leidensdruck in ihrer Heimat so gross war. In den Diskussionen über die Migration wird viel zu oft davon ausgegangen, dass Zuwanderung etwas Negatives sei. Als ob das eine Selbstverständlichkeit sei. Wir jüdischen Schweizer sind Beweis, dass Zuwanderung nicht nur Probleme mit sich bringt, sondern für das Einwanderungsland auch einen Gewinn bedeuten kann. Wir haben in den letzten 150 Jahren Beachtliches in der Schweiz und für sie geleistet. Heute sind wir Schweizer Juden ein integraler Bestandteil der hiesigen Gesellschaft. Wir haben die Chance genutzt, die uns die Schweiz geboten hat. So wie viele andere auch.

Wir Schweizer sind privilegiert. Uns geht es wirtschaftlich gut. Seit über 150 Jahren sind wir von Krieg verschont geblieben. Wenn wir jammern, dann auf hohem Niveau. Dass wir uns für die weniger Glücklichen engagieren, ist unter diesen Umständen moralische Pflicht. Wir können noch viel mehr für die Flüchtlinge tun, als wir bereits tun. Und wir sollten mehr tun. Das Boot ist nicht voll. Gerade wir Schweizer, die wir zu Recht stolz sind auf unsere humanitäre Tradition, sollten alle Flüchtlinge unabhängig von den Gründen für ihre Flucht in erster Linie als das behandeln, was sie sind: als Menschen. Sind wir ihnen gegenüber engherzig statt grosszügig, verlieren wir auch unsere eigene Würde.

Herbert Winter ist Rechtsanwalt und Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG).

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 236. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Chefredaktorin Neue Produkte:

Anita Ziellina

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, René Zeller

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Peter Sennhauser
International: Andreas Rüesch (a. i.), Andres Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer

Schweiz: René Zeller, Claudia Baer, Markus Hofmann, Paul Schneeburger, Simon Gompertli, Davide Scruzz, Michael Schoenenberger, Valerie Zastavski, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Trübhorn
Bundeshaus: Markus Häfliger, Christof Forster
Bundesgericht: Katharina Fontana. **Medien:** Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Erz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Urs Steiner, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog

Zürich: Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kilian, Natalie Avarzino, Andreas Schürer

Sport: Eimar Wagner, Peter Jegen, Flurin Claliona, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birner, Anja Knabentanz

Meinung & Debatte: Martin Senti, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigler, Manuela Nyffenegger, Susanna Ellner, Ruth Spitzentheil

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Marc Romner, Michèle Schell, Roman Sigrist

Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi

Wissensschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit, Campus): Walter Hagenbüchle, Stefan Betschon, Susanna Müller, Claudia Wirz, Michael Baumann, Henning Steier, Anna Chudozilov, Barbara Ehrensperger, Robin Schwarzenbach

GESTALTUNG

Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produktion:**

Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Yvonne Betschens. **Archiv:** Ruth Haener. **Projekte:** André Mierz

Rechtskonsultin der Redaktion: Claudia Schoch

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ-Folio:** Daniel Weber. **NZZ-Format:** Tobias Wolff. **NZZ-Campus:** Ronald Schenkel

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz. Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Auslands: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 675 Fr. (12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr. (6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

Pendlerabo NZZ: 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2015

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2015

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 124 043 Ex. (Wemf 2014)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG